

# Westschweizer Politiker sagen: «Chapeau Thurgau!»

Tages-Anzeiger, 15.6.2017

**Der Thurgau schafft das Frühfranzösisch doch nicht ab. Damit ist die angedrohte Bundesintervention vorerst vom Tisch.**

**Michael Soukup und Philippe Reichen**

Gestern kam in Frauenfeld, im Saal des Thurgauer Grossen Rates, zum grossen Showdown. Das Kantonsparlament hatte zu entscheiden, ob die Volksschüler nun in Zukunft in der Primärschule nur noch Englisch lernen würden. Damit wäre das Frühfranzösisch abgeschafft und in die Oberstufe verschoben worden. Das Parlament hatte vor drei Jahren einer entsprechenden SVP-Motion zugestimmt und einen schweizweiten Konflikt ausgelöst. Weil es in der Folge in anderen Kantonen gleiche Pläne gab, sah sich letztes Sommer gar der Bundesrat veranlasst, einen gesetzlichen Frühfranzösisch-Zwang in Aussicht zu stellen, falls sich die Kantone nicht zum Sprachenkompromiss bekennen würden. Dieser schreibt zwei Fremdsprachen in der Primärschule vor, wovon eine eine Landessprache sein muss.

## Bund reagiert zurückhaltend

Kurz vor Mittag kam es gestern im Thurgau nach einer über zweistündigen Redeschlacht zur finalen Entscheidung. Mit 62 zu 60 Stimmen befürwortete der Rat unerwartet einen Antrag der SP, das umstrittene Gesetz zu streichen. Neben der SP votierten auch FDP, GLP und BDP für die Beibehaltung des Frühfranzösisch, während SVP, CVP, EVP und die Grünen mehrheitlich dagegen waren. Der Entscheid fiel in zweiter Lesung. In der Eintretensdebatte von Anfang Mai hatte das Parlament die Änderung des Volksschulgesetzes noch mehrheitlich befürwortet. Den Ausschlag zugunsten des Frühfranzösisch gaben gestern nun die Abweichler bei der CVP und den Grünen.

In einer schwierigen Situation befand sich Monika Knill, SVP-Erziehungsdirektorin und Befürworterin des Frühfranzösisch. Ihr gelang es offenbar mit einer Reihe von angekündigten Verbesserungen, den Französischunterricht in der Primärschule in letzter Minute zu retten. Entsprechend erfreut sagte sie dem TA: «Ich bin sehr erleichtert, mir ist ein grosser Stein vom Herzen gefallen.» Sie vermutet zudem, dass auch die Ablehnung der Fremdspracheninitiative kürzlich im Kanton Zürich den Entscheid mitbeeinflusst hat. Der Französischunterricht wird nun im Thurgau ab dem Schuljahr 2018 mit verstärktem Halbklassenunterricht, besseren Lehrmitteln und einfacher Dispensation von überforderten Schülern verbessert.

Der Bund reagierte zurückhaltend auf den Thurgauer Entscheid. Beim zuständigen Bundesamt für Kultur hiess es: «Mit dem Entscheid des Grossen Rates bleibt der Thurgau bei der Sprachstrategie der Kantone und somit bei der Harmonisierung des Sprachenunterrichts in der Schweiz.» Mehr Freude zeigte der Berner SP-Nationalrat und Bildungspolitiker Matthias Aebischer. Es sei «sensationell», wenn sich ein Kanton so weit von der Sprachgrenze solidarisch mit der Westschweiz erkläre. Und das sei «Föderalismus pur», weil die Kantone eine gemeinsame Lösung ge-

funden hätten. «Ich begrüsse dies ausdrücklich auch als Bundespolitiker.»

In der Romandie nimmt man den im Thurgau getroffenen Entscheid mit Genügnung zur Kenntnis. «Chapeau Thurgau! Das ist ein grosser Tag für die nationale Solidarität», freut sich der Waadtländer SP-Nationalrat Roger Nordmann. Er habe immer daran geglaubt, dass der Thurgau am Frühfranzösisch festhalte, sagt Samuel Rohrbach, Sekundarschullehrer und Präsident des Westschweizer Lehrerverbands. Für die «nationale Einheit und die Harmonisierung der Bildungsziele in Schweizer Schulen» sei dieser Entscheid «sehr gut». In den Westschweizer Kantonen habe es nie auch nur geringste Zweifel am Deutschunterricht in der Primärschule gegeben, betont der Jurassier.

Auch der perfekt Deutsch und Französisch sprechende Waadtländer Nationalrat Olivier Feller (FDP) begrüsst den Thurgauer Entscheid. Grundsätzlich sei er zwar ein Föderalist, aber er finde, der Sprachunterricht sei ein zentrales Element für den Zusammenhalt des Landes. Nicht jeder Schweizer müsse Goethe und Molière lesen können, aber sollte sich in seiner Schulzeit eingehend mit einer zweiten Landessprache befassen haben. Die Debatte zur Abschaffung des Frühfranzösisch hat den Waadtländer Nationalrat Fathi Derder (FDP) eher irritiert. Er sagt, er habe die Aufregung um das Thema nie verstanden und den Begriff «Sprachenkrieg» als deplatziert empfunden. Der Thurgau habe das Französisch ja nicht aus dem Lehrplan streichen, sondern auf spätere Schuljahre verschieben wollen.

## Neues Ungemach in Luzern

Glücklich ist Silvia Steiner, Zürcher Bildungsdirektorin und Präsidentin der kantonalen Erziehungsdirektoren. Sprachen hätten in der Schweiz einen besonderen Stellenwert, und der Thurgau habe sich nun zur Vielsprachigkeit des Landes bekannt. Ein Nein hätte für den Bundesrat das Überschreiten einer roten Linie bedeutet, nun würden die Kantone einmal mehr zeigen, dass sie auf dem richtigen Weg seien, sagte Steiner. Doch mit der Abstimmung über die Luzerner Fremdspracheninitiative im September droht neues Ungemach. «Ich hoffe, dass der Thurgauer Entscheid eine Signalwirkung für Luzern hat.»

Die Luzerner Initiative wird unterstützt vom kantonalen Lehrerverband sowie von Vertretern aller Parteien. SVP-Nationalrat Franz Grüter ist Mitglied des Initiativkomitees. Er glaubt nicht, dass aus Thurgau automatisch Rückschlüsse für Luzern gezogen werden können. Luzern habe vor zehn Jahren als erster Kanton an der Urne den Beitritt zum Schulharmonisierungskordat Harmos abgelehnt und damit zu einem Meinungsumschwung in anderen Kantonen geführt. «Im September werden in der Zentralschweiz die Karten neu gemischt», ist Grüter überzeugt.



**Monika Knill**  
Thurgauer  
Erziehungsdirektorin